

Baade, Fritz

Article — Digitized Version

Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der neuen Türkei

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Baade, Fritz (1950) : Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der neuen Türkei, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 30, Iss. 10, pp. 29-31

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131196>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der neuen Türkei

Prof. Dr. Fritz Baade, Kiel

Durch den Wahlsieg der demokratischen Partei, die mit 410 von 487 Abgeordneten jetzt die überwiegende Mehrheit im türkischen Parlament darstellt, ist die im Jahre 1922 von Kemal Atatürk revolutionär erneuerte Türkei nochmals verjüngt und erneuert worden. Diese mit dem Jahre 1950 eingeleitete Verjüngung hat zwar nicht den revolutionären Charakter wie die Erneuerung durch Atatürk, die der Türkei die Beseitigung des Sultanats, die Befreiung der Frau, die neue Schrift und einen gewaltigen Wirtschaftsaufschwung gebracht hat. Immerhin ist aber auch die mit dem friedlichen Mittel der Stimmzettel errungene Revolution von 1950 bedeutsam genug. Das Reformwerk Atatürks war unter seinem Nachfolger Izmet İnönü weitgehend erstarrt. Auch zu Atatürks Lebzeiten hatte das politische System allerdings insofern einen undemokratischen Charakter gehabt, als es nur eine einzige Partei gab, die das Parlament, den Staat und die Wirtschaft beherrschte. Immerhin gab es innerhalb dieser Partei zwei verschiedene Richtungen: Ein rechter, von Izmet İnönü geführter Flügel verfocht das System der autoritären Regierungsform, des politischen und ökonomischen Nationalismus und einer fast totalen Staatswirtschaft. Dem stand ein linker Flügel gegenüber, der das Einparteien-System nur als einen Übergangszustand zu echter Demokratie ansehen und auf wirtschaftlichem Gebiet neben der Staatswirtschaft auch der privaten Wirtschaft einen breiten und immer breiteren Raum geben wollte. Der Führer dieses linken Flügels war Celal Bayar. Mit dem Tode Atatürks und mit der Wahl Izmet İnönüs zum Staatspräsidenten war der rechte Flügel zur Alleinherrschaft gelangt. Die Vertreter des linken Flügels wurden aus allen Staatsstellungen und wichtigen wirtschaftlichen Funktionen entfernt. Jahrelang konnte es so scheinen, als wäre die Türkei ein faschistisches oder nationalsozialistisches Gebilde geworden — wenn auch allerdings die Unterdrückung der Opposition niemals auch nur annähernd die Form annahm, die sie im Nationalsozialismus oder Faschismus hatte. Vor allem wirtschaftlich lastete dieses Regime schwer auf dem Land. Für privatwirtschaftliche Betätigung gab es angesichts der Allmacht des Diktaturstaates und der übermächtigen Position der staatlichen Wirtschaftseinrichtungen keine wirkliche Rechtssicherheit. Völlig fehlte diese Rechtssicherheit für die nicht-mohammedanischen Minderheiten (Griechen, Armenier und Juden) und für die Ausländer.

Das alles hat der Türkei schwer geschadet und ist weitgehend dafür verantwortlich zu machen, daß die Türkei von ihrer exzeptionellen Lage im zweiten Weltkrieg, in dem sie jahrelang mit den Westmächten verbündet und mit Deutschland befreundet war, nicht annähernd den Nutzen für ihre wirtschaftliche Entwicklung hatte, den sie hätte haben können. Einseitige Förderung großindustrieller, staatskapitalistischer Planungen unter Vernachlässigung der kleinen und mittleren Industrie, Fehlplanungen von erheblichem Ausmaß und alles in allem Vernachlässigung der reichen Möglichkeiten der türkischen Landwirtschaft: das waren die Fehler, die die demokratische Opposition dem Regime Izmet İnönü vorzuwerfen hatte, und der Wahlausgang von 1950 zeigt, daß diese Kritik von der überwältigenden Mehrheit des türkischen Volkes geteilt wurde.

DEMOKRATISCHES WIRTSCHAFTSPROGRAMM

Dem Primat der Staatswirtschaft haben die Demokraten als Oppositionspartei ihr Wirtschaftsprogramm entgegengehalten. Sie verlangen freie Bahn für die private Initiative, insbesondere in all denjenigen Industriezweigen, die nicht der Natur der Sache nach der staatlichen Betätigung vorbehalten werden müssen. An europäischen Begriffen gemessen ist ihr Programm allerdings keineswegs radikal. Daß z. B. die Entwicklung der Verkehrsmittel des Landes Staatsaufgabe bleiben muß, wird von niemandem ernstlich bestritten. Auch in der Erschließung der bergbaulichen Schätze des Landes und in der Schaffung gewisser Grundindustrien werden die Demokraten nicht ernstlich dem Staat die Führerrolle streitig machen. Ist doch der heutige Staatspräsident Celal Bayar in den Jahren vor 1939 als Wirtschaftsminister und später als Ministerpräsident der Mann gewesen, der die Sümer-Bank als Holdinggesellschaft für die staatlichen Industrieunternehmen und die Eti-Bank als Holdinggesellschaft für die staatlichen Bergwerksunternehmen gegründet hat. Man wird ungefähr das Richtige treffen, wenn man das Wirtschaftsprogramm der demokratischen Partei in eine Linie stellt mit dem Wirtschaftsprogramm der Sozialdemokraten in Schweden oder der Partei der Arbeit in Holland. Das neue demokratische Regime wird eine klare Abgrenzung zwischen den vom Staat zu entwickelnden und den der Privatwirtschaft zu überlassenden Wirtschaftszweigen vornehmen. In der der

Privatwirtschaft zu überlassenden Sphäre wird dem privaten Unternehmer, und zwar ausgesprochen auch dem Ausländer, das Recht auf eine gesicherte, durch keine Willkürakte der Verwaltung gefährdete Wirtschaftsbetätigung verschafft werden. In diesen Prinzipien befindet sich die demokratische Regierung der Türkei in einer so vollständigen Übereinstimmung mit ihren amerikanischen Partnern, insbesondere der ECA-Mission, vor allem aber auch mit den Interessen des Landes und dem Willen des überwiegenden Teils der Bevölkerung, daß an der Stetigkeit dieses neuen Kurses nicht gezweifelt werden kann.

HANDEL MIT DEUTSCHLAND

Mit dieser neuen Türkei wird Deutschland aller Voraussicht nach in einen sehr intensiven Wirtschaftsverkehr treten. Der Anteil Deutschlands am türkischen Außenhandel, der im Jahre 1938 im Zeichen des Schacht'schen Bilateralismus Sätze von 47 % bei der Einfuhr und 42 % bei der Ausfuhr erreicht hatte, war in den Jahren nach 1945 fast auf Null zurückgegangen. Mit der schrittweisen Rückgewinnung unserer Souveränität im Außenhandel hat er sich wieder gehoben und steht heute bereits wieder auf etwa 20 %. Auch bei nüchternster Beurteilung der Zukunftsmöglichkeiten kann man wohl annehmen, daß Deutschland etwa einen Anteil von 33 % im Außenhandel der Türkei erreichen wird. Eine solche Entwicklung kann auch vom Standpunkt der Konkurrenzländer Deutschlands durchaus als erträglich und natürlich betrachtet werden, da die deutsche und türkische Volkswirtschaft eben ungewöhnlich günstige Voraussetzungen zur gegenseitigen Ergänzung aufweisen. Angesichts der Bedeutung, die die Türkei politisch und strategisch für die westliche Welt hat, kann man ferner mit ziemlicher Sicherheit damit rechnen, daß dieses Land auch über den Marshall-Plan hinaus noch eine Hilfe von den USA. erhalten wird, und es wäre nur sinnvoll, wenn diese Hilfe sich teilweise im Dreiecksverkehr mit Deutschland abspielte: amerikanische Lieferungen von Agrarüberschußprodukten (Lebensmitteln und Rohstoffen) nach Deutschland und dafür deutsche Lieferungen von Industrieprodukten an die Türkei in Form irgendeiner Verrechnung gegen die der Türkei zu gewährende US.-Hilfe.

Das Volumen des türkischen Außenhandels wird voraussichtlich sehr bald über das Volumen der Vorkriegszeit hinausgehen. Es gibt in der Türkei einen gewaltigen Investitionsbedarf, und dieser Investitionsbedarf wird in seiner vollen Größe gerade erst dann in Erscheinung treten, wenn nun auch der Privatwirtschaft neben der Staatswirtschaft ein angemessener Anteil an der Entwicklung der reichen Möglichkeiten des Landes eingeräumt wird. Wenn im Zuge dieser Entwicklung auch die Landwirtschaft eine tatkräftige Förderung erfährt — und damit kann man mit Sicherheit rechnen —, so wird die Türkei durchaus imstande sein, mit ihren Agrarprodukten einen wesentlich größeren Import von Industrieprodukten, insbesondere von Investitionsgütern, zu bezahlen als bisher. Unter den Agrarprodukten, die die Türkei ausführt, werden neben den nichtlebensnotwendigen Erzeugnissen wie Tabak, Rosinen, Feigen und Haselnüssen auch die

lebensnotwendigen Erzeugnisse wie Weizen, Futtergetreide, Ölfrüchte und Baumwolle eine wachsende Bedeutung erlangen. Dies ist wiederum für die europäischen Industrieländer wichtig, die wie Deutschland solche Produkte heute ziemlich ausschließlich aus dem Dollarraum beziehen und für die die Umstellung eines Teils dieser Importe auf den Außenhandel mit der Türkei eine ausgesprochene Verbesserung ihrer Dollarbilanz bedeutet. Alles in allem genommen ist es keine kühne Phantasie, wenn das türkische Longterm-Programm für das Endjahr des Marshall-Plans einen türkischen Außenhandel in der Größenordnung von 390 Mill. \$ auf beiden Seiten der Bilanz erwartet. Im Rahmen eines solchen türkischen Außenhandels wäre ein Volumen des deutschen Handels mit der Türkei in der Größenordnung von 120—150 Mill. \$ durchaus normal.

INVESTITIONSMÖGLICHKEITEN

Das ist aber nicht alles, was die neue Türkei der deutschen Wirtschaft zu bieten hat. Im Zuge der Demokratisierung und Liberalisierung der türkischen Wirtschaft entsteht ein gewaltiger Bedarf an Unternehmerinitiative, an technischer Sachkunde und an Investitionskapital, den die Türkei keinesfalls gänzlich aus eigener Quelle zu decken vermag. Die demokratische Partei und ihre maßgebenden Führer sind einer ausländischen Beteiligung gegenüber gerade in dem privatwirtschaftlichen Sektor des türkischen Aufbaus ebenso aufgeschlossen und positiv eingestellt, wie das Regime Izmet İnönü hier negativ eingestellt war. Die neuen Gesetze, die dem türkischen Unternehmer in Industrie und Landwirtschaft eine Sicherheit vor willkürlichen Staatseingriffen geben wollen, werden auch den Ausländer schützen. Gesetze, die die wirtschaftliche Betätigung von Ausländern bisher in der türkischen Wirtschaft unmöglich machten, werden aufgehoben werden.

Trotz all dieser Erleichterungen und Rechtsgarantien wird im Regelfall allerdings der ausländische Unternehmer gut daran tun, Kapitalinvestitionen in der türkischen Landwirtschaft oder in der türkischen Industrie nicht gänzlich auf eigenes Risiko vorzunehmen. Die geeignetste Form für solche Investitionen ist die Partnerschaft mit türkischen Unternehmern. Der Verfasser dieses Aufsatzes hat von den zwölf Jahren seines Türkeiaufenthalts acht Jahre in einer solchen Partnerschaft mit türkischen Industriellen verbracht und kann nur bezeugen, daß er damit die allerbesten Erfahrungen gemacht hat.

Was die türkische Volkswirtschaft und der türkische Partner von dem deutschen Partner erwarten, ist vor allem Sachkunde und eine gewisse Kapitalbeteiligung. Dabei würde die ausländische Kapitalbeteiligung im Regelfall in Gestalt derjenigen Maschinen oder Einrichtungsgegenstände bestehen, die für das betreffende Unternehmen aus dem Auslande bezogen werden müssen. Der türkische Partner dagegen würde das Kapital einbringen, das im Lande aufgebracht werden muß, d. h. also Betriebskapital, Gebäudekapital und dazu eine Kenntnis der Landesverhältnisse. Bei dem riesigen Investitionsbedarf der Türkei und der Beschränktheit der zur Verfügung stehenden Mittel bie-

tet sich durchaus auch die Möglichkeit, das in Gestalt von Maschinen oder Einrichtungsgegenständen einzubringende Kapital nicht in Gestalt von neuen Anlagen, sondern auch in Gestalt von gebrauchten, aber noch gut betriebsfähigen Anlagen einzubringen.

Nachstehend sollen einige Wirtschaftszweige der Türkei kurz beleuchtet werden, in denen der Einsatz deutscher Initiative und Sachkunde verbunden mit einem verhältnismäßig bescheidenen Kapitalbeitrag besonders aussichtsreich erscheint:

Landwirtschaft. — Der türkische Staat verfügt über eine große Anzahl sehr entwicklungsfähiger Staatsgüter. Diese Güter sind bisher mit überwiegend recht mäßigem Erfolg im staatlichen Regiebetrieb bewirtschaftet worden. Das demokratische Regime wird sie verpachten. Für solche zur Verpachtung gelangenden Staatsgüter, aber auch für eine Reihe von Privatgütern werden dringend erfahrene Großbetriebsleiter (Domänenpächter) gebraucht. Soweit es sich dabei um Ausländer und insbesondere um Deutsche handelt, würde es am richtigsten sein, wenn sie solche Güter als Partner türkischer Unternehmer in einer Art von Pachtadministration mit Gewinnbeteiligung übernehmen. In Sonderfällen wird es vielleicht auch möglich sein, sehr erfahrene Betriebsleiter ohne Eigenkapital in solche Kombinationen einzuschalten. Wesentlich günstiger aber ist es, wenn der deutsche Interessent ein gewisses Kapital in Gestalt von Maschinen, Saatgut oder Zuchttieren mitbringen kann. Für solche Kombinationen sind in der Türkei zuverlässige und entschlossene Partner vorhanden, die auch bereit sein würden, gut ausgewählte präsumtive deutsche Partner für einige Zeit nach der Türkei einzuladen, mit ihnen gemeinsam die zur Übernahme zur Diskussion stehenden Güter zu besichtigen und darunter die geeignetsten auszuwählen.

Solche landwirtschaftlichen Möglichkeiten finden sich im ganzen Gebiet der Türkei, d. h. sowohl in Thrazien wie in Zentralanatolien wie auch in dem großen jetzt durch Bewässerung neu erschlossenen Gebiet südlich des Taurus. Für das Gebiet südlich des Taurus würden ausländische Partner mit praktischen Erfahrungen im Baumwollanbau natürlich ganz besonders geeignet sein.

In diesem Gebiet südlich des Taurus sind aber auch ganz besonders große Möglichkeiten für die Produktion von Frühgemüse und Frühobst vorhanden. Deutsche Partner, die in diesen Kulturen Erfahrung haben, könnten als Partner türkischer Plantagenbesitzer hier zweifellos sehr erfolgreich arbeiten.

Mühlindustrie. — In einer größeren Anzahl von mittleren Städten der Türkei, ja selbst in Vilayet-Hauptstädten fehlen bis heute moderne Mühlen. Falls ein deutscher Partner hier mit einem Türken eine Kombination eingehen will, ist es durchaus nicht notwendig, daß die einzubringenden Anlagen neue Anlagen sind. Es ist wahrscheinlich, daß im Zuge der Neuregelung der Mühlenkontingentierung in Deutschland technisch gut ausgerüstete kleine und mittlere Mühlen beschäftigungslos werden. Die Besitzer solcher

Mühlenanlagen sollten ernstlich die Möglichkeit prüfen, solche Anlagen, statt sie zu verschrotten oder unbeschäftigt zu lassen, in eine Kombination mit türkischen Partnern einzubringen. Dabei würden dem deutschen Partner außer den Maschinen und Einrichtungsgegenständen vor allem auch Sachkunde und Initiative von Nutzen sein. Es gibt in der Türkei eine große Anzahl von kleinen und mittleren Wasserkraften, die heute durch sehr primitive Mühlenanlagen ausgenutzt werden. Eine verhältnismäßig einfache Turbinenanlage kann da schon Wunder wirken. In vielen Fällen kann durch die Ausnutzung der Wasserkraft neben dem Antrieb für eine Mühle auch noch elektrischer Strom für eine kleine Stadt gewonnen werden.

Fischerei und Fischverwertung. — Die Fang- und Verwertungsmethoden in der türkischen Fischerei verlangen dringend nach Verbesserung. Auf der anderen Seite gibt es in Deutschland nicht wenig Fischkutter und erfahrene Fischer, die brach liegen. Auch hier eröffnen sich bestimmte Möglichkeiten zu deutsch-türkischer Zusammenarbeit. Da der Fang ausschließlich in türkischen Hoheitsgewässern vor sich gehen würde, müßten die Fahrzeuge in eine deutsch-türkische Gesellschaft eingebracht werden, wobei die heutigen Eigentümer dann als Beauftragte der Gesellschaft mit entsprechendem Gewinnanteil tätig sein würden.

DIE VERTRAGSFORM

Für alle solche Kombinationen muß natürlich eine Vertragsform gefunden werden, die beide Partner sichert. Die türkische Regierung ist grundsätzlich bereit, den Transfer der Gewinnanteile der ausländischen Partner aus Exporterlösen sicherzustellen. Aber diese Sicherung muß natürlich in jedem Einzelfalle auch vertraglich klargestellt werden. Es ist auch nicht unzweckmäßig, gleichzeitig den ratenweisen Rücktransfer des eingebrachten Anlagekapitals sicherzustellen. Der deutsche Partner kann sich dann nach zehn oder fünfzehn Jahren erfolgreicher Arbeit in der Türkei völlig frei überlegen, ob er nochmals mit einem entsprechend größeren Eigenkapital in eine solche Kombination einsteigen will. Sehr wichtig ist es, daß sowohl der deutsche wie der türkische Partner sorgfältig ausgewählt sind. Im beiderseitigen Interesse wäre es am besten, diese Auswahl durch eine in Vorbereitung befindliche Treuhandstelle vornehmen zu lassen, die unter Beteiligung der beiderseitigen Regierungen arbeiten und gleichzeitig auch als Schiedsstelle für alle etwa auftretenden Streitigkeiten dienen würde.

Werden solche Kautelen beachtet, so kann man der Betätigung deutscher Landwirte, deutscher Techniker und deutscher Industrieller in der Türkei nur die allerbeste Prognose stellen. Ihre Arbeit würde wesentlich dazu beitragen können, die gegenseitige Ergänzung der beiden Volkswirtschaften, für die von Natur so gute Voraussetzungen gegeben sind, noch weiterhin zu verbessern und die wirtschaftliche Zusammenarbeit für die Zukunft zu vertiefen.